

Beschluss der Geschäftsführenden Vorstände  
vom 29. April 2014

## **Würdevolles Sterben - Umgang mit Sterbehilfe klären**

Unsere Gesellschaft wird – was eine Errungenschaft ist – immer älter, damit steigt aber zugleich auch der Bedarf an Pflege. Schwere Erkrankungen sind leider oft Bestandteil des Älterwerdens; manchmal treten sie auch schon in jungen Jahren auf. Wir sind uns einig, dass Menschen unabhängig von ihrem Alter ein Sterben in Würde ermöglicht werden muss. Familie, Freunde, Pfleger, Hospize, Ärzte und Helfer erfüllen diese Aufgabe tagtäglich auf bewundernswerte Weise. Unterstützt werden sie von den Möglichkeiten der Palliativmedizin.

Über das Thema Sterbehilfe wird emotional und kontrovers diskutiert. Es stellt jeden Menschen vor existenzielle Fragen.

In Deutschland ist die aktive Sterbehilfe als „Tötung auf Verlangen“ strafbar. Straffrei hingegen ist die Beihilfe zur Selbsttötung, auch „assistierter Suizid“ genannt. Seit einigen Jahren sind in Deutschland Vereinigungen aktiv, die Hilfeleistungen zur Selbsttötung anbieten. Wir müssen als Gesellschaft daher die Entscheidung treffen, ob wir diese Art von Sterbehilfe wollen.

Diese ethische Grundfrage soll jede Abgeordnete und jeder Abgeordneter für sich selbst beantworten. Zugleich halten wir eine umfassende Auseinandersetzung mit den ethischen und rechtlichen Fragen im Parlament und auch außerhalb für erforderlich.

Die Koalition hat daher folgenden Fahrplan entwickelt, um in diesen schwierigen Fragen des Lebens zu Lösungen zu kommen:

1. Fraktionsinterne Orientierungsveranstaltungen im 2. Quartal 2014
2. Fraktionsübergreifende Orientierungsveranstaltung im Bundestag im 3. Quartal 2014/nach der Sommerpause
3. Danach Gruppenfindung und Erarbeitung der einzelnen Gesetzentwürfe 4. Quartal 2014
  - a) Wahl der Gruppensprecher/Vorsitze
  - b) Zeitplan innerhalb der einzelnen Gruppen
  - c) Gruppeninterne Abstimmungsgespräche

#### 4. Parlamentarische Beratung

- a) Erste Lesung: ..... 1. Quartal 2015
- b) Anhörung: ..... 2. Quartal 2015
- c) 2./3. Lesung: ..... 3. Quartal 2015.

Die Koalitionsfraktionen beabsichtigen, durch diese Vorgehensweise auch in der Öffentlichkeit eine möglichst breite gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Mitmenschen am Lebensende und den Grundwerten unserer Gesellschaft auszulösen.

Königswinter, den 29. April 2014